



Forum Wolf und Weidetierhaltung

Dialog und konsequentes Handeln im Wolfsmanagement

Koblenz. „Wolfsrisse sind in Rheinland-Pfalz keine Seltenheit mehr. Wir wollen, dass die Weidetierhaltung hier eine Zukunft hat. Dafür benötigt das Land ein Wolfsmanagement, das seinen Namen verdient. Dabei dürfen die mit der Rückkehr des Wolfes verbundenen Kosten und Schäden nicht dem Tierhalter aufgebürdet werden“, fordert der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau (BWV), Michael Horper, während des Forums „Wolf und Weidetierhaltung“ in Koblenz.

Es sei notwendig, dass die Weidetierhalter nicht kontinuierlich schärfere Auflagen und Restriktionen hinnehmen müssten, während sich der Wolf ungehindert ausbreiten könne. Am Ende würden sich die Weidetiere, also Rinder, Schafe und Ziegen, aus der Fläche zurückziehen, wenn die notwendigen Schutzmaßnahmen und die entstehenden Schäden nicht dauerhaft ausgeglichen würden. Das könne niemand wollen, so Präsident Horper. Schließlich sei auch der Erhalt des Dauergrünlands und der Weidetierhaltung ein erklärtes politisches und gesellschaftliches Ziel. Daher sei der Tierschutzaufwand der Tierhalter, bedingt durch den Wolf, vollumfänglich und dauerhaft zu entschädigen. Die Landnutzerverbände im Aktionsbündnis Forum Natur hätten bereits ein praxistaugliches Modell für ein Nebeneinander von Tierhaltung und Wolf vorgelegt, welches nunmehr zur Regulierung des Wolfes umgesetzt werden sollte. Hierfür sei ein zielorientierter und sachlich fundierter Dialog zwischen den Tierhaltern, den wolfsbefürwortenden Organisationen und der staatlichen Verwaltung notwendig. Auch die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht, wenn auch ohne Jagdzeit, sei geeignet, um notwendige Maßnahmen rechtssicher umsetzen zu können.

Der Wolfsbeauftragte des BWV, Matthias Müller, stellte fest, dass selbst nach vorsichtigen Bestandserhebungen spätestens in diesem Jahr die Grenze von 2.000 Tieren in Deutschland übersteigen werde. Daher sei es unabdingbar, dass die geltenden rechtlichen Regelungen um ein praktikables Verfahren für die Begrenzung des Wolfsbestandes ergänzt werden müssten. Das Handwerkszeug dafür liege bereit, das Land Rheinland-Pfalz müsse es aber auch nutzen.